# Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis in vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postzuschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Amt Nr. 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1680.
Geschäftsstelle: Nr. 1900, 3328, 3564.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.– zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4.– zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 90 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 307. Montag, 30. Juni 1919. Abend-Ausgabe. 58. Jahrgang.


## Die Rückkehr der Friedensdelegation.

**Bevorstehendes Eintreffen der Waffenstillstandskommission.**

**Die deutsche Friedensdelegation, die am Sonnabend 9 Uhr Versailles im Sonderzug verlassen hatte, ist heute nacht gegen 4 Uhr auf dem Potsdamer Bahnhof eingetroffen.**

Reichsminister Bell verließ den Sonderzug in Elberfeld, um sich nach Essen zu begeben. Reichsminister Müller setzte die Reise bis Berlin fort. Der Zug wurde von einem französischen, englischen und italienischen Offizier des Odlyß begleitet. Am Bahnhof Nassig-Ost verabschiedete sich kurz vor der Ankunft der Präsident des Steine- et- Oise-Departements sowie der Oberst Henry von den beiden Ministern. Die Fahrt verlief ohne Zwischenfall, jedoch wurden die Insassen des Speisewagens kurz vor Complaigne durch einen kleinen Knall aufgeschreckt. Es konnte nicht festgestellt werden, ob es sich um einen Stein oder um einen Feuerwerkskörper handelte, der von der feiernden Volksmenge ins offene Fenster des Speisewagens geschleudert worden war.

Die Mehrzahl der Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa trifft, wie wir erfahren, heute abend in Berlin ein, wo von nun an die Hauptabwicklung der Geschäfte bis zur endgültigen Auflösung der Waffenstillstandskommission vor sich gehen wird. Unterkommissionen für die Abwicklung werden in Wiesbaden und Frankfurt a. M. eingerichtet. In Spaa bleibt für einige Zeit noch der Vorsitzende der Kommission, Generalmajor Freiherr von Hammerstein mit einigen höheren Beamten zurück.

Wie weiter berichtet wird, ist der Vorsitzende der englischen Kommission, General Hafing, bereits von Spaa abgereist. General Nubant, der französische Vorsitzende, dürfte ihm wahrscheinlich heute folgen.

### Freiherr von Lersner bleibt in Versailles.

**Paris**, 29. Juni. (Reuter.) Gesandter von Haniel reist morgen früh zusammen mit 30 Mitgliedern der Delegation ab. Freiherr von Lersner und ungefähr 20 Sekretäre werden zurückbleiben.

**Paris**, 30. Juni. (Havas.) Oberst Henry hat bei Dutasta angefragt, ob die Deutschen sich frei in den Straßen bewegen dürften. Die Antwort ist noch nicht erfolgt. Der freie Verkehr wird aber um die Hotels, die von den Deutschen bewohnt werden, rasch wiederhergestellt sein.

## Die Räumung der früheren russischen Gebietsteile.

Die „B. N." erfahren von der Waffenstillstandskommission: Marschall Foch hatte, wie bereits mitgeteilt, im Auftrage der Verbündeten gefordert, daß jeder neue Vormarsch deutscher Truppen auf Estland eingestellt, Windau und Riga sofort, wie die anderen im Osten besetzten früheren russischen Gebiete, so schnell wie möglich von Deutschland geräumt werden sollten.

In Beantwortung dieser Mitteilung ließ Reichsminister Erzberger Marschall Foch in einer Note vom 28. Juni folgendes erklären:

1. Ein Vormarsch deutscher Truppen gegen Norden in der Richtung Estland war nie beabsichtigt.

2. Die beschleunigte Räumung von Windau und Libau sowie aller Gebiete, die vor dem Kriege zum Russischen Reich gehörten, war von der deutschen Regierung schon vor Eingang der Forderung des Marschall Fochs befohlen und ist zurzeit in der Durchführung begriffen. Dasselbe gilt für die Räumung von Libau und Windau, die in kürzester Frist beendet sein kann, wenn die von dem Verband über Libau verfügte Sperre aufgehoben und den deutschen Schiffen allgemein freie Fahrt zwischen Libau und Windau sowie zwischen diesen beiden Häfen und den deutschen Häfen zugestanden wird.

### Ein Hilferuf aus Riga.

Folgendes Funkentelegramm aus Riga traf bei der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa am 28. Juni ein:

„Der in Vertretung der Stadtverordnetenversammlung sagende Bürgermeister Rigas, bestehend aus Vertretern der lettischen, lettischen, russischen und jüdischen Bevölkerung, bittet dringend, Maßnahmen zu treffen, damit dem Kampf zwischen lettländischen und estnischen Truppen sofort Einhalt, geboten werde, da sonst Wiederkehr der bolschewistischen Schreckensherrschaft mit allen Greueln durch Bolschewisten von außen und innen unvermeidlich erscheint. Namenloses Leiden unter Bolschewistenherrschaften berechtigt die Bevölkerung Rigas, Zusammenschluß aller Kräfte und dazu sofortiges Einstellen der Feindseligkeiten zwischen lettländischen und estnischen Truppen zum Kampf gegen den Bolschewismus zu erbitten.

Der Bürgerausschuß als Vertretung der lettischen, lettischen, russischen und jüdischen Bevölkerung Rigas."

### Die finnländisch-deutsche Gesellschaft in Helsingfors.

Wie man uns schreibt, veranstaltete die finnländisch-deutsche Gesellschaft in Helsingfors kürzlich eine zahlreich besuchte Zusammenkunft. Unter den Anwesenden befand sich auch der frühere finnländische Gesandte, Stantsrat Hjelt. Der deutsche Gesandte Freiherr von Brück hieß ihn willkommen und betonte seine großen Verdienste für die Förderung der Beziehungen zwischen Finnland und Deutschland. Hjelt hob in seiner Antwort den Ernst der Zeit hervor und sprach die Hoffnung aus, daß bald eine Aenderung zum Besseren eintreten möge, so daß die ganze Welt bald eines dauerhaften Friedens teilhaftig werden könne. Der Vorsitzende der Gesellschaft, Universitätsrektor Ruin, setzte auseinander, welche Aufgaben die Gesellschaft auf Grund der vielhundertjährigen Beziehungen beider Länder zu erfüllen habe. Pastor Dr. Jarrel verlas einen Brief des Grafen von der Goltz, der seine Anständigkeit an Finnland betonte. Für die deutschen Ferienkinder wurde im Verlaufe des Abends ein Garantiefonds von 20 000 finn. Mark gezeichnet.

# Wilsons Heimfahrt.

### Lloyd Georges Ankunft in London.

**Brest, 29. Juni.** (Reuter.) **Wilson ist nach New York abgefahren.**

**London, 29. Juni.** Lloyd George und die Friedensdelegierten sind heute abend in London eingetroffen und auf dem Bahnhofe vom König und den Mitgliedern des Kabinetts begrüßt worden. In Downing Street hielt Lloyd George eine Ansprache an die Menge, in der er des Volk aufforderte, sich nicht im Geiste der Prahlerei, sondern im Geiste der Ehrfurcht zu freuen.

### Kundgebungen der Wilson-Botschaft auf Deutschland.

R. **Basel**, 30. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Ueber den Inhalt der vom Präsidenten Wilson veröffentlichten Botschaft erfährt die „Neue Korrespondenz":

Wilson erklärte, daß der Friedensvertrag unterzeichnet sei und, wenn er ratifiziert werde und seine Bestimmungen im vollen Umfang aufrichtig eingehalten würden, die magna charta einer Neuordnung der Dinge in der Welt darstellen werde. Dieser Vertrag sei hart im Hinblick auf die Pflichten und Bestrafungen, die er auferlege, er lege Deutschland jedoch nichts auf, was diese Macht nicht zu leisten vermöge. Deutschland sei imstande, den Platz zurückzugewinnen, welcher ihm von Rechts wegen in der Welt gebühre. Dies könne durch die rasche und ehrliche Ausführung der Vertragsbestimmungen bewirkt werden.

### Vorschriften für die Ratifizierung?

R. **Bas**, 30. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der „Matin" schreibt, soll in den Friedensvertrag noch eine Vorschrift eingefügt werden, daß nicht nur die Deutsche Nationalversammlung, sondern auch die Preußische Landesversammlung und der Bayerische Landtag den Vertrag an einem noch näher zu bestimmenden Zeitpunkt ratifizieren müßten.

### Ein Wink an die türkische Delegation.

**Reuter-Meldung.**

**Paris**, 29. Juni.

Clemenceau richtete am 28. Juni ein Schreiben an die türkische Delegation, in dem er mitteilte, daß die alliierten und assoziierten Mächte der türkischen Delegation für die der Friedenskonferenz unterbreiteten Mitteilungen dankten. Diese Mitteilungen seien sorgfältig erwogen worden. Da sie jedoch internationale Fragen aufwürfen und eine sofortige Beschlußfassung leider unmöglich sei, seien die alliierten und assoziierten Mächte in der Anschauung, daß eine Verzögerung unbemerklich sei, der Ansicht, daß durch die Verlängerung des Aufenthalts der Delegation in Paris zurzeit nichts gewonnen werde. Die alliierten und assoziierten Regierungen würden jedoch nicht versäumen, sich sofort mit der türkischen Regierung zu weiterem Gedankenaustausch in Verbindung zu setzen.

### Demonstrationen gegen Nitti.

**to. Lugano**, 30. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Nach dem „Avanti" steht der Erlaß einer baldigen Amnestie bevor. Der „Corriere della Sera" gibt das Gerücht von einer baldigen Zusammenkunft Nittis mit Lloyd George wieder.

Die italienischen Blätter melden, daß am Sonnabend eine Kundgebung gegen Nitti stattfand, die von ehemaligen Kriegern im Anschluß an eine Versammlung im Augustheum organisiert wurde. Ein Zug zog vor das Hotel, wo Nitti gegenwärtig Wohnung genommen hat. Die Carabinieris mußten einschreiten, um die Tumultuanten zu zerstreuen.

**Wien**, 29. Juni. Das Wiener Korrespondenzbureau ist ermächtigt, festzustellen, daß die Nachricht des Laibacher Korrespondenzbureaus, monach Italien mit Deutschösterreich eine geheime Militärkonvention geschlossen hätte, vollständig unwahr ist.

### Die Abstimmung in Oberschlesien.

Die Pressestelle des Staatskommissars für Oberschlesien in Kattowitz verbreitet die Uebersetzung des amtlichen französischen und englischen Textes der Bestimmungen über die Volksabstimmung in Oberschlesien.

Hiernach wird das Abstimmungsgebiet unmittelbar einer viergliedrigen internationalen Kommission unterstellt, die von den Vereinigten Staaten, Frankreich, Groß Britannien und Italien bestimmt wird. Das Abstimmungsgebiet wird von Truppen der alliierten und assoziierten Mächte besetzt. Augenommen Gesetzgebung und Steuern genießt die Kommission alle Befugnisse der preußischen oder deutschen Verwaltung. Die bisherigen Beamten werden abgeschoben und von der Kommission durch neue ersetzt. Die Abstimmung wird von technischen Beratern geleitet, die die Kommission aus der ortsansässigen Bevölkerung auswählt. Es wird gemeindeweise abgestimmt, aber die Grenzen zwischen Deutschland und Oberschlesien sollen von dem Verband nicht nur nach dem Wunsche der Einwohner, sondern auch nach der „geographischen und wirtschaftlichen Lage" erfolgen.

Die letztere Bestimmung bedeutet unleugbar, daß dem Einfluß des Verbandes weitgehender Raum gewährt wird. Tatsächlich kann die Grenze mehr oder weniger willkürlich gezogen werden. In der Kommission ist kein Deutscher, nicht einmal ein Neutraler. Es wäre dringend zu wünschen, daß auch das deutsche Interesse durch einen Delegierten vertreten ist, der imstande wäre, dieses sowohl der Kommission, wie auch dem Verband gegenüber zu vertreten. Auch die Anzahl der technischen Wahlüberwachungsbeamten lediglich durch die Verbandskommission deutet an, daß Gewähr für Unparteilichkeit bei der Durchführung der Wahlen nicht gegeben ist.

Wie der Reichskommissar für Posen und Oberschlesien in der Nationalversammlung erklärt hat, wird er das Seine tun, damit die Friedensbedingungen in durchaus loyaler Weise durchgeführt werden. Die gleiche Loyalität der Verbündeten in der Durchführung der Abstimmung ist nichts als eine Forderung der Billigkeit.

### Die Danziger Verfassung.

eh. **Danzig**, 30. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Zur Verfassungsfrage im Freistaate Danzig beschloß das Direktorium der christlichen Gewerkschaften, da eine befriedigende Lösung der Angelegenheit nur durch die Vornahme allgemeiner Wahlen erfolgen könne, die jetzt im Freistaate bestehenden politischen Vertretungen zur Bildung eines Organs zwecks schneller Durchführung solcher Wahlen zur verfassungsgebenden Freistaatversammlung zu ersuchen. Diese Wahlen müßten nach dem für die deutsche Nationalversammlung geltenden Wahlrecht erfolgen.

Im Freihafen des Danziger Hafens liegen elf amerikanische Dampfer mit Lebensmitteln für Polen. Sie können nicht entladen werden, weil die Kohlenschiffer sich weigern, ins polnische Gebiet zu fahren; auch Waggons fehlen, da die Polen die deutschen Eisenbahngüterwagen nicht zurückgeben.

### Bolschewistische Angriffspläne gegen Südfinnland.

**Helsingfors**, 29. Juni. Die Bolschewisten entwickeln eine gesteigerte Tätigkeit. Südlich des Finnischen Meerbusens fiel Kronata Gorka erneut in ihre Hände. Am Sylterbeck wo sie Verstärkungen erhielten, wurden zwei Versuche, Brücken über den Fluß zu schlagen, durch finnländisches Feuer vereitelt. Am nördlichen Ladogasee erschienen 7 bolschewistische Fahrzeuge vor Vitele (?). Ausgebootete Mannschaften besetzten den Ort und schnitten dadurch hier rückwärtige Verbindung des Oloneger Freikorps ab. Der finnländische Generalstab gelangte in den Besitz eines Angriffsplanes, der eine Eroberung des südlichen Finnlands mit den Städten Viborg und Helsingfors durch eine Streitkraft von 25000 Mann vorsieht und mit der Ausarbeitsstabe der regulären finnischen Truppen rechnet.

## Keine Geschichtsfälschung!

Die „Nationalliberale Korrespondenz" veröffentlicht einen von der „Kreuzzeitung" in ihrer heutigen Morgenausgabe abgedruckten Artikel „Herr Erzberger in der Sommerfrische", in welchem sie der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" „Geschichtsfälschung" vorwirft. Dazu wird uns in Bestätigung unserer ersten Mitteilung geschrieben:

Es finden sich in dem erwähnten Artikel der „Nationalliberalen Korrespondenz" eine ganze Reihe von Unrichtigkeiten, die nicht aus Mangel an Information, sondern zu politischen Zwecken verbreitet werden.

Es ist bereits amtlich mitgeteilt worden, daß Reichsminister Erzberger vor Pfingsten sich einen Paß für die Schweiz hat ausstellen lassen, um seine dort zur Erholung weilende Familie zu besuchen. Bis jetzt ist jedoch der Minister in Berlin und Weimar geblieben und verwendet seit Uebernahme des Reichsfinanzministeriums seine Zeit vornehmlich auf die Arbeit an den ihm vor der Nationalversammlung zu vertretenden großen Steuervorlagen.

Herr Erzberger denkt also nicht daran, sich „der Verantwortung zu entziehen". Er steht der Nationalversammlung jederzeit zur Verfügung. Er hat in der Angelegenheit der Eisenkauseln nichts zu verheimlichen. Die Behauptung, „Minister Erzberger habe sich mit seiner ganzen Persönlichkeit für die Aufrechterhaltung der Eisenkauseln eingesetzt", entspricht der Wahrheit und ist keine „Geschichtsfälschung". Die Tatsachen sind aktenmäßig festgestellt. Zeugen sind vorhanden. Die Geschichte wird urteilen.

Uebrigens wäre auch heute schon die „Nationalliberale Korrespondenz", wenn sie wollte, in der Lage, ihren Lesern mehr als die halbe Wahrheit mitzuteilen. Denn sie gibt als Beweis für die von ihr behauptete Geschichtsfälschung aus einem Stimmungsbericht des Demokratischen Vereins in Frankfurt a. M. nur das Referat des Abgeordneten Dr. Luppe wieder. Sie verschweigt aber den gesamten Inhalt des Korreferats, das der Vertreter der „Frankfurter Zeitung" in Versailles, Dr. Guttmann, erstattet hat. Dieser betonte:

„In Folge der Weigerung, gewisse die Franzosen sofort das Ruhrrevier besetzt und das oberschlesische Gebiet war verloren. Der drohende Verlust der Kohlenversorgung sei einer der Hauptgründe gewesen, die für die Unterzeichnung sprachen. Die Besetzung hätte eine weitere Verschlechterung Deutschlands bedeutet. Diese Gefahr sei nicht genügend gewürdigt worden. Durch den Gedanken, die Einheit Deutschlands zu erhalten, seien zahlreiche Abgeordnete der Nationalversammlung bewogen worden, für die Unterzeichnung zu stimmen. Im wesentlichen sei es doch wohl weniger Erzbergers Taktik, als der Zwang der Tatsachen gewesen, der die Zustimmung der Nationalversammlung herbeigeführt habe."

Warum hat aber die „Nationalliberale Korrespondenz" diese gesamten Ausführungen verschwiegen? Weil der Korreferent zu dem von der Versammlung mit stürmischem Beifall begrüßten Ergebnis kam: „Einerlei, wie wir über die Friedensfrage denken, dürfte aller Meinung sein, daß der Weg nach links eingeschlagen werden muß!"

Demgemäß entsprechend hat auch der demokratische Verein Frankfurt beschlossen, übrigens im Einklang mit einer Entschließung des Landesausschusses der deutsch-demokratischen Partei Badens, daß aus der Ablehnung des Friedens keine Folgerungen für die innere Politik gezogen werden dürften, und daß die Partei innerhalb der bisher vorhandenen Koalition der Mehrheitsparteien weiter arbeiten solle.

„Für die „Nationalliberale Korrespondenz" war also der Angriff auf den Reichsminister Erzberger nur ein parteitaktisches Manöver, um die deutsch-demokratische Partei nach rechts zu sich herüber zu locken. Wo die „Geschichtsfälschung" liegt, kann der Leser nunmehr selbst beurteilen.

## Unsere Kriegsgefangenen in Amerika.

**Von einem amerikanischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:**

Es ist wohltuend, inmitten der Hasgesänge unserer Gegner die Stimme unbeirrter Nächstenliebe zu hören, und mehr noch: wertätige Menschlichkeit bei einem unserer bisherigen Feinde zugunsten unserer unglücklichsten Volksgenossen an der Arbeit zu sehen.

Im Jahre 1915 war in New York ein Ausschuß hilfsbereiter Amerikaner zusammengetreten, der sich unter dem Namen „Prisoners of War Relief Committee" (Kriegsgefangenen-Fürsorge) der Linderung der Not unter denjenigen Kriegsgefangenen deutscher und österreichisch-ungarischer Nationalität widmete, die in fremden Erdteilen interniert und der heilenden Hand der Heimat mehr oder weniger entgehen waren. Es wird diesen hochherzigen Männern und Frauen unvergessen bleiben, daß es ihren Bemühungen gelang, in dem kurzen Zeitraume von 15 Monaten rund 4 Millionen Mark in bar, daneben eine weitere Million in Gestalt von Kleidern, Lebensmitteln, Büchern, Instrumenten und Medikamenten zu sammeln und insbesondere den unglaublichen Kriegsgefangenen in den offiziellen Lagern zuzuführen!

Ein mit besonderer Liebe gepflegter Zweig des Unternehmens bestand in dem Verkauf der Handarbeiten (Schiffsmodelle, Holz- und Knochenschnitzereien, eingelegten Kästen usw.), die in den Kriegsgefangenenlagern Englands entstanden und durch die englische Quäkergesellschaft (Society of Friends) gesammelt und nach den Vereinigten Staaten ausgeführt wurden. Bis zur Kriegserklärung Wilsons waren davon für über 150 000 Mark in Amerika auf Basaren und in den Geschäftsräumen der amerikanischen Kriegsgefangenenfürsorge abgesetzt worden. Der Erlös kam zu einem Teil den Verfertigern unmittelbar zugute, zum anderen Teil diente er der Society of Friends zum Ausbau der von ihr in den Gefangenenlagern eingerichteten Werkstätten und zur Beschaffung der nötigen Rohstoffe. Die Wohltat beruhte weniger darin, den kunstfertigen Kriegsgefangenen ein kleines Taschengeld einzubringen: die Möglichkeit, sich zu betätigen, hat viel dazu beigetragen, das grimme Gespenst des „Stacheldrahtsiechens", in des Irrsinns von vielen unserer internierten Landsleute fortzuhalten.

Mit warmer Genugtuung muß es uns und uns Deutschen berührt werden, daß es dieser Wohltätigkeitsorganisation gelungen ist, ihr gutes Werk unbeirrt durch den Hader der Völker und Parteien bis heute fortzusetzen. Die „New Yorker Staatszeitung" vom 11. Mai 1919 — die übrigens, entgegen anderslautenden Nachrichten, ununterbrochen während des Krieges in deutscher Sprache erschienen ist — bringt einen Aufruf des gleichen Ausschusses, aus dem hervorgeht, daß sich inzwischen seine Tätigkeit mit Billigung des Staats-Departements, des War Trade Board und des Kriegsministeriums der Mitgliederung des Lose der in Amerika internierten und Kriegsgefangenen Deutschen zugewendet hat. Dem Vertrieb von Kriegsgefangenenarbeiten aus England hat der Ausschuß den Verkauf der Erzeugnisse zugesellt, die der Gefangenenfürsorge unserer drüben eingesperrten „Teerjacken" ihre Entstehung verdanken — geschnitzte Teebretter, Rauchservice, Handarbeitskissen, Briefbeschwerer, Musikdosen, Segelschiffsmodelle, Bilderrahmen usw. Wohnsitz berührt der Hinweis auf „die künstlerisch schönen, von den in Fort Oglethorpe internierten deutschen Frauen angefertigten Handarbeiten, wie Stickdecken, Kissendecken, Teetischdecken, modernangefertigte Taschentücher, Tellerdeckchen, Kissen, Lampenschirme usw."

Der vorliegende Aufruf fordert zu Beiträgen auf, die es ermöglichen sollen, die demnächst zur Entlassung kommenden deutschen Schiffsoffiziere und Mannschaften für ihre Heimreise mit Anzügen, Schuhen, Unterzeug, Wäsche usw. auszustatten. Die 3000 heimkehrenden Anzüge wurden dem Komitee von Kriegsgefangenen-Angehörigen deutschen Ursprungs zum Preise von 12,50 Dollar das Stück zur Verfügung gestellt. Anfang Mai waren bereits über 13 000 von den erforderlichen 50 000 Dollar in den engeren Kreisen des Ausschusses aufgebracht.

Dem amerikanischen Kriegsgefangenen-Fürsorgeausschuß aber, der sich durch alle Möglichkeiten mißgünstiger Kritik seines Tuns nicht von seinem menschenfreundlichen Ziel hat abdrängen lassen, gebührt der warme Dank unseres Volkes.

## Für die Völkerbundsanleihe.

Eine belgische Stimme.

h. **Haag**, Mitte Juni.

Nach ehe im „Berliner Tageblatt" der Dernburgsche Gedankengang von einer allgemeinen Völkerbundsanleihe das Licht des Tages erblickte, hat sich das belgische Regierungsblatt „Le Peuple" für die gleiche Art der Kriegsschuldenlösung eingesetzt und zwar ist es der sozialistische Senator Hendale" am 7. Juni schreibt, daß die Wiederaufrichtung der Lafontaine, der unter dem Titel: „Dette monkriegsverwüsteten Gebietsteile und Unrecht als eine Schuldenlast Deutschlands betrachtet werden dürfe, daß hier vielmehr im Maße wie Deutschland unfähig sei, zu bezahlen, eine Schuldensache nicht nur der Verbündeten, sondern auch aller neutralen Staaten vorliege, wo man sich während und durch den Krieg erheblich bereichert habe. Die tausend Milliarden, welche der schreckliche Krieg will Einschluß der Hunderte von Millionen, die zum Wiederaufbau der verwüsteten Gegenden nötig sind, gesolset hat, müßte eine Weltschuld bilden, die allen Nationen gemeinsam ist"; denn jede Nation weiß, einen bestimmten Verhältnissatze, das allgemeine Massenunglück mit tragen helfen. Es müßten also sämtliche getanen und noch zu tuenden Ausgaben unter einen Hut gebracht werden. Die Notwendigkeit, daß alle diejenigen, die ihre militärischen Kräfte vereinigt haben, nun auch alle ihre Finanzkräfte vereinigen, erscheine als die natürliche und folgerichtige Lösung der drohenden Probleme. La Fontaine weist dann auf den gewaltigen Weltfinanzierungsplan des Amerikaners Stikwell hin und bekümmert lebhaft dessen Grundgedanken für die Errichtung einer Weltanleihe von 1000 Milliarden. La Fontaine schließt sich den sehr optimistischen Erwartungen des Amerikaners hinsichtlich eines neuen und gesünderen Verhältnisses der Menschheit zwischen deren Gesamtausgaben und deren Gesamtvermögen an.